

## Bei Niedriglöhnen und hohen Mieten: Trotz Vollzeitarbeit droht ein Einkommen unterhalb des Hartz IV-Niveaus

### Themen in dieser Ausgabe:

- Politiker und Medien ...!
- Armutsstudie ...!
- Rente ...!
- Solidarität ...!
- Blockupy und Istanbul ...!
- Militärspektakel ...!
- Jobcenter ...!
- Versammlungsfreiheit
- Montagsdemo aktuell !

### IN DIESER AUSGABE:

Deutsche Politiker und Medien - ungebildet, ungehobelt, unheimlich	2
Armutsstudie: 7,98 Euro Stundenlohn sind Hartz IV	2
Jede zweite Rente war 2012 niedriger als Hartz IV	2
Solidarität mit den Menschen in der Türkei	2
Blockupy und Istanbul - Die Ordnung der Anderen	2
Gelungener Protest gegen das Militärspektakel in Breisach	3
Mitarbeiter der Jobcenter: Zielen Sie nicht auf Ihre Mitmenschen!	3
Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland in Gefahr	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Um ein Nettoeinkommen zu erreichen, das zumindest auf der Höhe des Grundsicherungsbedarfs/Hartz IV (einschließlich des Erwerbstitigenfreibetrags) liegt, muss – im Januar 2013 – ein vollzeitbeschäftigter Single einen Bruttostundenlohn von 7,98 Euro verdienen.

- Dieser Betrag errechnet sich, wenn von Wohnungskosten ausgegangen wird, die die Jobcenter im Bundesdurchschnitt anerkennen. In Regionen und Städten mit Mieten, die den Bundesdurchschnitt weit übersteigen, verschärfen sich die Anforderungen: So muss in München der Stundenlohn in einem Single-Haushalt schon

im Bundesdurchschnitt ein Alleinverdiener in Vollzeitarbeit einen Stundenlohn von 10,18 Euro aufweisen, um nach Abzug von Beiträgen und Steuern das Bedarfsniveau der Grundsicherung zu erreichen. In einer Stadt mit hohen Mieten wie München sind es bereits 11,63 Euro. Bei der Obergrenze des Mietrichtwertes errechnet sich ein Stundenlohnsatz von 13,23 Euro.

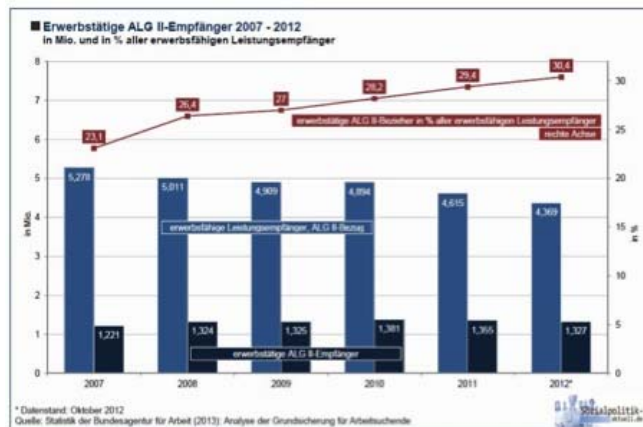
- Sind Kinder zu unterhalten, erhöht sich das als Vergleichsgröße dienende Bedarfsniveau der Grundsicherung entsprechend. Zwar wird das verfügbare Einkommen von Erwerbstitigen durch Kindergeld, Wohngeld und Kindergeldzuschlag

Tabellenwerte und Miethöchstbeträge seit 2009 nicht mehr angepasst worden sind.

- Wie die Analysen des IAQ zu Ausmaß und Struktur des Niedriglohnssektors in Deutschland zeigen, werden die genannten Stundenlohnsätze von einem Großteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland (z.T. deutlich) unterschritten. Ist dies der Fall und liegt auch kein weiteres Einkommen vor (z.B. Erwerbseinkommen der Ehefrau), besteht der Anspruch auf Aufstockungszahlungen. Der hohe Anteil der sog. Aufstocker auch bei Vollzeitbeschäftigten ist insofern eine unmittelbare Folge niedriger Stundenlöhne und hoher Mieten.

- Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen: Denn viele der anspruchsberechtigten Erwerbstitigen-Haushalte wissen nicht, ob und in welcher Höhe sie ihr unzureichendes Erwerbseinkommen durch Leistungen nach dem SGB II ergänzen können. Schon die Kenntnisse über Ansprüche auf Wohngeld und Kinderzuschläge sind unzureichend. Und als ausgesprochen komplex erweist sich das Zusammenwirken von Bruttolöhnen, Erwerbstitigenfreibeträgen und anerkannten Wohnungskosten. Eine systematische Information der Erwerbstitigen über mögliche Aufstockungsansprüche gibt es nicht.

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen



bei 9,66 Euro liegen, um auf das Grundsicherungsniveau zu kommen. Bei dieser Berechnung werden die anerkannten Durchschnittsbeträge für München als Maßstab genommen. Die Neumieten in München fallen allerdings noch weit höher aus: Nimmt man die Obergrenze des Mietrichtwertes für München als Maßstab, dann liegt die Stundenlohnschwelle bei 10,93 Euro für einen Single.

- Betrachtet man einen Paar-Haushalt ohne Kinder, so muss

aufgestockt, aber dennoch errechnet sich bei einem Ehepaar mit einem Kind (Alleinverdiener) ein Stundenlohn von 10,65 Euro, um auf das Grundsicherungsniveau zu kommen.

In München steigt dieser Schwellenwert auf 14,29 Euro (durchschnittlich anerkannte Wohnungskosten) bzw. 16,43 Euro (Richtwert).

- Bei höheren Einkommen entfällt trotz hoher Mieten (wie in München) allerdings auch der Anspruch auf Wohngeld, da die



**Deutsche Politiker und Medien – ungebildet, ungehobelt, unheimlich**



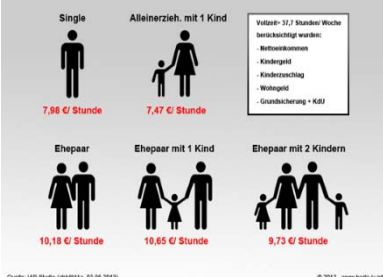
Seit Monaten übt die deutsche Politik nun schon Druck auf Frankreich aus, der deutschen Agenda 2010 zu folgen: den Arbeitsmarkt zu deregulieren, sprich, Arbeitnehmerrechte abzubauen und die Gewerkschaften zu schwächen, die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben an der Wirtschaftsleistung, zurückzuführen und die Lebensarbeitszeit zu verlängern bzw.

die Renten zu kürzen. Bundesfinanzminister Schäuble wollte im vergangenen Jahr gar schon unsere "Wirtschaftsweisen", die mit ihren Rezepten und Konjunkturprognosen regelmäßig schon für Deutschland daneben liegen, ein Gutachten für Frankreich erstellen zu lassen. Neulich – gemessen an der ökonomischen und politischen Wirklichkeit – hat die deutsche Überheb-

lichkeit einen neuen Höhepunkt erreicht. Begleitet werden die Angriffsfanfaren gegen den französischen Nachbarn dabei von einer unkritischen und der deutschen Politik in nichts nachstehenden Selbstgerechtigkeit der meisten deutschen Medien. Auch das erinnert sehr stark an die Rolle der Medien bei der Entstehung der Agenda 2010.

Quelle: **Wirtschaft und Gesellschaft**

**Überschneidung Brutto-Stundenlohn (Vollzeit) und Hartz IV Anspruch (in Bundesdurchschnitt, jeweils Alleinverdienender)**



**Armutstudie: 7,98 Euro Stundenlohn sind Hartz IV Niveau**

... Für eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen (IAQ) hat Prof. Dr. Gerhard Bäcker untersucht, wie hoch der Stundenlohn eines Beschäftigten ausfallen muss, damit dieser mindestens das Niveau von Hartz IV erreicht. Dabei kam der Forscher im

Bundesdurchschnitt auf einen Betrag von 7,98 Euro pro Stunde brutto, die ein Single verdienen muss, um seinen Grundsicherungsbedarf zu decken.

In einer Modellrechnung hat das Institut Bruttolöhne verschiedener Haushaltsgrößen und Mietrichtwerte

(angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung im Bundesdurchschnitt) gegenüber gestellt und daraus die jeweiligen Stundenlöhne bei Vollzeit (37,7 Stunden/Woche) abgeleitet...

Quelle: **hartz-iv.info**

**Jede zweite Rente war 2012 niedriger als Hartz IV**

Die gesetzliche Rente allein sichert für viele Ruheständler kaum das nötigste zum Leben. Laut einer Statistik der Deutschen Rentenversicherung belief sich im vergan-

genen Jahr fast jede zweite Rente auf weniger als 700 Euro, wie die „Bild“-Zeitung (Dienstag) berichtet. 48,21 Prozent der Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner erhielten

demnach 2012 weniger als die Summe, die Senioren im Schnitt als Grundsicherung im Alter inklusive Miete und Heizung zusteht.

Quelle: **FAZ**



**Solidarität mit den Menschen in der Türkei**

Die Alevitische Gemeinde Müllheim rief auf zur Solidarität mit den demonstrierenden Menschen in der Türkei. Die Demonstration fand am Sonntag, 16. Juni, um 13 Uhr am Markgräfler Platz in Müllheim statt. Der Friedensrat Markgräflerland appellierte an die Menschen der Regio, sich dieser Kundgebung anzuschließen. Hükümet! İstifa! Regierung zurücktreten! AKP ye karsim diren Istanbul!

Widersetze dich der AKP, Istanbul! Fasizimekarsi omuz omuza! Seite an Seite gegen den Faschismus! Istanbul daki agaclari koruyalım! Schütze die Bäume in Istanbul! Das waren die Slogan/Parolen, mit denen Hunderte von Menschen aus dem Markgräflerland ihren Protest wegen des Vorgehens der türkischen Oberen gegen die Menschen in der Türkei, die ihre Stimme für ihre Rechte erheben, am Sonntag auf dem Markgräflerplatz

in Müllheim Ausdruck gaben. Uli Rodewald vom Friedensrat Markgräflerland überbrachte den Teilnehmerinnen der Kundgebung solidarische Grüße der Aktiven aus der Friedens-, Gewerkschafts- und Umweltbewegung der Region und betonte: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

Presseinformation  
Friedensrat Markgräflerland



**Blockupy und Istanbul - Die Ordnung der Anderen**

Die Polizei-Prügelei gegen Blockupy-Demonstranten in Frankfurt wurde selbst zur Demonstration. Der Protest stört eine Politik, welche die fatalen Folgen der Euro-"Rettung" verschweigt. In Frankfurt am Main wurde am vergangenen Wochenende mal wieder für „Ordnung“ gesorgt. In der angeblich so weltoffenen Stadt verteidigten prügelnde, pfeffersprayende Polizisten das Bankenviertel gegen

Demonstranten, die meinten, es sei an der Zeit, die Gesellschaft gegen die herrschende Unordnung der Kapitalmärkte und gegen deren Folgen zu verteidigen. Unbeeindruckt von Gerichtsurteilen zu Gunsten der Demonstrationsfreiheit entschieden sich die Verantwortlichen in Stadt und Land, den Finanzkapitalismus in der Bankenstadt gegen jede auch nur symbolische Störung zu verteidigen (siehe

Chronik) – wie immer mit der falschen Rechtfertigung, auf die paar Irren, die mit Farbbeuteln oder Pyrotechnik hantierten, habe man nicht anders reagieren können. Als hätte es die Krise, die das soziale Gefüge ganz Europas in Unordnung brachte, nicht gegeben.

Quelle: **FR (nachdenkseiten.de)**  
Hoffentlich dämmert es langsam was Merkels „marktkonforme“ Demokratie bedeutet.



## Gelungener Protest gegen das Militärspektakel in Breisach

### Die Stimme für den Frieden erhoben

Für Menschen aus der Friedens- Anti-Atom und Gewerkschaftsbewegung, für manchen Grünen und Linken, für Alte und Junge war der Aufmarsch der Deutsch Französischen Brigade am 15. Juni Anlass, ihre Stimmen für den Frieden zu erheben.

Denn bei dieser Einrichtung handelt es sich nicht um einen Technischen Hilfsdienst, son-

dern um einen militärischen Großverband. Dazu bestimmt, Kriege zu führen. In aller Welt.

In Reden und Rezitationen machten die Teilnehmerinnen auf ihr Anliegen aufmerksam, unterstützt wurden sie vom Liedermacher Wolfgang Gerbig. Als die teilweise waffentragenden Marschkolonnen des Militärs durch Breisach marschierten, halte ihnen der Ruf entgegen: Freunde brauchen keine Waffen! Frieden schaffen!

Der Friedensrat Markgräflerland betont, dass der Protest gegen das Militärspektakel in Breisach gelungen sei, weil er dazu beigetragen habe, der Verharmlosung von Militär und Krieg entgegenzutreten.

Feste - Feiern ohne Militär  
15. Juni 2013 in Breisach  
Freunde brauchen keine Waffen!

infos:<http://www.friedensrat.org/pages/friedensrat/aktionen/festefeiern-ohne-militaer.php>

<http://www.friedensrat.org/>  
Friedensrat Markgräflerland



### Mitarbeiter der Jobcenter: Zielen Sie nicht auf Ihre Mitmenschen!

Mit der nunmehr zehnjährigen Geschichte der unsäglichen Hartz-IV-Gesetze in Deutschland hat die Vergesellschaftung der politisch-bürokratisch initiierten Stigmatisierung ihren Lauf genommen. So stolz auch alle Bundesregierungen seit Gerhard Schröder die Hartz-Gesetze präsentiert haben, so sehr hat die Industrialisierung der Armut vielerorts Leid geschaffen, Ausgrenzung produziert und die Menschen unter erheblichen

Druck gesetzt, der für eine Vielzahl von ihnen weder psychisch noch physisch erträglich ist. Inzwischen werden Menschen, die sich wie die Mitarbeiterin des Hamburger Jobcenters, Inge Hannemann, in legitimer, dem demokratischen Meinungsbildungsprinzip entsprechender Weise gegen dieses staatlich organisierte System der Angst wenden, durch Politiker wie auch Behörden öffentlich an den Pranger gestellt. Politische, aber

auch zivilgesellschaftliche Forderungen nach einem Ende dieser Repressionsmaßnahmen gegen „Arbeitsunwillige“, „notorische Faulenzer“ oder „Leistungsverweigerer“ werden inzwischen völlig ignoriert.

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter, beenden Sie diese Tragödie durch Ihre Menschlichkeit!**

Quelle: Der Spiegelfechter



### Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland in Gefahr

pax christi besorgt über das gewaltsame Einschreiten der Polizei bei 'Blockupy'-Demonstration

Erklärung des Präsidiums

Die deutsche Sektion von pax christi kritisiert den staatlichen Umgang mit den Protesten von Blockupy in Frankfurt. Teilnehmer der Demonstration, Journalist und Sanitäter berichten von brutalem Vorgehen der Polizei, insbesondere bei der Demonstration am Samstag, den 1. Juni 2013, das in keiner Weise zu rechtfertigen ist.

Der legitime Protest gegen die kapitalistische europäische Krisenpolitik im Rahmen des Blockupy-Bündnisses wurde somit deutlich behindert und die Demonstration vor der Europäischen Zentralbank unmöglich gemacht. Der Einsatz der Polizei, insbesondere durch das harte Vorgehen mit Schlagstö-

cken und Pfefferspray, wirkte eskalierend auf die zuvor friedliche Situation. Über 200 Menschen wurden dadurch verletzt.

Das hessische Innenministerium und die Polizeiführung stehen in Erklärungsnot. Wie konnte gegen eine genehmigte Demonstration so unverhältnismäßig vorgegangen werden, dass eine Fortführung nicht mehr möglich war und Menschen über neun Stunden eingekesselt verharren mussten? Eine Aufklärung der Vorfälle muss erst noch geleistet werden, nachdem bisherige Erklärungsversuche unzureichend sind. Das pax christi-Präsidium sieht durch ein solches Vorgehen von staatlicher Seite die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland in Gefahr. Während deutsche Regierungsmitglieder den Umgang mit den Protesten in der Türkei scharf kritisieren, nimmt man Grundrechtsverletzungen in ähnlichen Bezügen im eigenen

Land in Kauf. Es scheint, als solle unbequemer friedlicher Protest bewusst kriminalisiert und unterbunden werden.

Der Umgang des hessischen Innenministeriums und der Polizeieinsatz mit den Protesten von 'Blockupy' legen dies nahe. Die in den letzten Jahren angestiegene Polizeigewalt wird nur unzureichend von den Bundesländern und der Regierung aufgearbeitet. Wir befürchten, dass somit das Recht auf Versammlungsfreiheit unterlaufen wird.

Das pax christi-Präsidium fordert die zuständigen staatlichen Stellen auf, die Zustände in Frankfurt aufzuklären und eine grundsätzliche Aufarbeitung der gestiegenen Gewaltbereitschaft der exekutiven Organe vorzunehmen. Auch in Zukunft muss eine Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an Protestkundgebungen in Deutschland möglich sein.

[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)



V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



## Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden 4. Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Partei „Die Linke“** - Ortsverband Lörrach trifft sich zum politischen Stammtisch - jeden 3. Mittwoch im Monat, 20:15 Uhr, „Pizza-Kebab-Treff“, Tumringer Str. 213. Jeder der Interesse hat ist herzlich willkommen. Weitere Termine unter: <http://dielinke-loerrach.de/>
- **Partei „Die Linke“** - Waldshut trifft sich zum politischen Stammtischen in Bad Säckingen und Waldshut — aktuelle Termine unter [www.dielinke-waldshut.de](http://www.dielinke-waldshut.de)
- **GEMEINWOHL ÖKONOMIE** - Regelmäßige Treffen jeden 3. Dienstag eines Monats, 19:00 Uhr Nelly Nashorn, Lörrach, Tumringerstrasse 248

## Rheinfelder Montagsdemo aktuell

### Aus der Sargnagelschmiede des Sozialstaats.

Seit 15 Jahren wird in Deutschland Armut produziert, die dann hinter Hochglanzbroschüren voller Selbstlob versteckt wird. Die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen des letzten Jahrzehnts kamen nicht von ungefähr. Die von SPD und Grünen ersonnene Agenda 2010 war von vornherein auf die Schaffung eines Niedriglohnssektors zugeschnitten, unter dem Vorwand dem „Missstand“ zu teurer Arbeit begegnen zu wollen. Obwohl die Lohnstückkosten in der industriellen Fertigung seit vielen Jahren sinken. Dass die in prekärer Beschäftigung gehaltenen, schlecht qualifizierten, von ihrer Arbeit nicht leben können wurde bewusst billigend in Kauf genommen. Auf diese Weise wird die öffentliche Hand in Haftung genommen, den Lebensunterhalt der Betroffenen auf das Existenzminimum aufzustoßen. Die so sozialisierte und subventionierte Arbeitskraft ist für die Arbeitgeber besonders attraktiv. Der damalige Kanzler Schröder vertrat nachdrücklich die Ansicht, dass ein Niedriglohnssektor dringlich sei und lobte sich 2005 in Davos mit den Worten: „Wir haben einen

der besten Niedriglohnssektoren der Welt aufgebaut.“ Dies unter dem Applaus der damaligen Opposition, der heutigen Regierung Merkel, die diese Vorlage dankbar annahm und seither nach Kräften ausgebaut und verschärft hat. Die Bundesagentur für Arbeit kann nicht so tun, als wäre sie bass erstaunt über diese Entwicklung, hat sie doch die „Reformen“ umgesetzt und vorher daran mitgestrickt. Und sie hat sie stets rigide ausgelegt. Nun tut sie so, als müsse sie bereinigen, was ausschließlich die Politik vermasselt hat.

Die Hartz IV - Reformen zielten genau darauf ab. Sie montierten an prekär machende Sozialgesetze noch prekäre Arbeitsgelegenheiten. Das Wechselspiel zwischen Hartz IV und gelegentlicher Arbeit auf Niedriglohnniveau für das letzte Fünftel der Gesellschaft war somit fest eingeplant. Seit Januar 2013 auch noch auf 450€ erhöht und damit noch attraktiver für die Arbeitgeber. Drei Millionen prekär beschäftigte Verkäuferinnen im Einzelhandel können ein Lied davon singen. Durch die Hartz V - Gesetzgebung der Agenda 2010 wurde die Reservearmee gebildet, die dann dankbar und motiviert in Arbeitsgelegenheiten malocht, die kaum Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündi-

gungsschutz kennt. Dass so beschäftigte natürlich keine Möglichkeit haben, Altersvorsorge zu betreiben versteht sich von selbst. Armut im Alter ist auf diese Weise vorprogrammiert und wird billigend in Kauf genommen. Auch zeugt es nicht von Menschenwürde, wenn verarmte Alte zwangsgeräumt und zum Sterben in die Gosse geworfen werden. Die Scham vieler alter Menschen, auf dem „Amt“ um Grundsicherung anstehen zu müssen, dokumentiert sich in den Bildern von in Mülltonnen herumstöbernden alten Menschen, denen wir in den Städten und an den Abfallcontainern der Supermärkte begegnen. Und selbst aus der Armut wird ein Geschäft gemacht, wie man am Beispiel der Tafeln sehr gut sehen kann. Die Geber der Lebensmittel, die Supermärkte, bekommen von den Tafeln Spendenquittungen über den Verkaufspreis der abgelaufenen Ware, die sie steuermindernd einsetzen können. Zudem ersparen sich die Märkte Millionen von Kosten für die Abfuhr der abgelaufenen Lebensmittel. Dadurch wird aus der Spende ein Resteverkauf, den der Steuerzahler bezahlt. Den Tafeln entstehen wiederum durch den Einsatz von Freiwilligen und Zwangsarbeitern aus dem „1€ Jobberbreich“ so gut wie keine Kosten. Einnahmen ergeben sich jedoch durch die

überall erhobene Abgabegebühr. Verständlich, dass sich die Tafeln vielerorts nicht in ihre Buchhaltung sehen lassen wollen. Ähnliche Verhältnisse treffen wir in der sogenannten Hartz IV Industrie an, die mit sinnlosen Kursen und Umschulungen immerhin die Hälfte der 50 Milliarden kassiert, die der Steuerzahler für die Sozialfürsorge aufwendet. Dass Empfänger staatlicher Transferleistungen überdies noch als „Sozialschmarotzer“ von den bürgerlichen Medien diffamiert werden, ist schmutzig und moralisch höchst verwerflich. Die einzige Partei in Deutschland, die für eine existenzsichernde, sanktionsfreie Grundsicherung eintritt, ist Die Linke, denken Sie am 22. September daran.

**Tom Grein - Direktkandidat der Linken für den Wahlkreis Lörrach - Müllheim auf der Montagsdemo am 24.06.2013**

